

**KOMMENTARE****Kommunen hoch verschuldet  
Hilfe ist nötig**

Vielen deutschen Kommunen steht das Wasser finanziell nicht nur bis zum Hals, sondern bis Oberkante Unterlippe. Die Bürger bekommen das praktisch täglich zu spüren. Schulen, Kindergärten, Straßen und Rathäuser sind in desolatem Zustand, Bäder, Sportanlagen und Theater werden geschlossen, Städte und Gemeinden ziehen sich immer mehr aus der öffentlichen Daseinsvorsorge zurück. Gleichzeitig werden Steuern und Gebühren erhöht, neue Abgaben erlassen wie die Bettensteuer oder die Verrichtungsgebühr im Rotlichtviertel.

Die Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt das dramatische Ausmaß der kommunalen Verschuldung auf. Pfliffige Ideen, wie Bürgermeister und Kammerer sich aus der Misere befreien können, haben die Fachleute auch nicht. Die Grundsteuer erhöhen? Als wäre man in den Rathäusern darauf nicht schon selbst gekommen.

Doch in vielen Kommunen ist das Ende der Fahnenstange erreicht, sie können es sich nicht erlauben, das Wohnen noch weiter zu verteuern und ihre Standortnachteile zu vergrößern. Derzeit halten sich die Kommunen mit Kassenkrediten über Wasser, die, ähnlich wie ein Dispokredit bei Privatleuten, nur eine Not- und keine Dauerlösung sein sollten. Bund und Länder haben in den vergangenen Jahrzehnten immer neue Aufgaben auf die Kommunen abgewälzt, ohne sie zu entschädigen. Nun sind sie in der Pflicht, die untere Ebene zu entlasten und nach klaren Kriterien zu unterstützen. Auch wenn viele Städte ihre Misere nicht zuletzt selbst verschuldet haben – ohne Hilfe kommen die Kommunen auf keinen grünen Zweig. «

neue Aufgaben auf die Kommunen abgewälzt, ohne sie zu entschädigen. Nun sind sie in der Pflicht, die untere Ebene zu entlasten und nach klaren Kriterien zu unterstützen. Auch wenn viele Städte ihre Misere nicht zuletzt selbst verschuldet haben – ohne Hilfe kommen die Kommunen auf keinen grünen Zweig. Alternative: Man schafft die Möglichkeit, Städte – wie die US-Metropole Detroit – pleitegehen zu lassen. Mit dramatischen Folgen. Christof Schneider

»Auch wenn viele Städte ihre Misere nicht zuletzt selbst verschuldet haben – ohne Hilfe kommen die Kommunen auf keinen grünen Zweig.«

**Dispozinsen der Banken****Transparenz schaffen**

Hand aufs Herz: Wissen Sie, was es bei Ihrer Bank kostet, das Girokonto zu überziehen? Mit der Höhe der Dispozinsen, die sie verlangen, sind Deutschlands Banken bisher nicht gerade offen umgegangen. Die Angaben waren oft weder auf Abrechnungen noch auf den Auszügen zu finden. Nicht wenige Geldhäuser informierten nur im Kleingedruckten oder auf energisches Nachfragen hin. Transparenz? Fehlalarm.

Die Dispozinsen waren über Jahre hinweg überhöht. Der Eindruck, dass viele Banken bei Überziehungskrediten kräftig abkassieren, hat sich verfestigt. Das wiegt umso schwerer, da sich die Institute so günstig Geld beschaffen können wie nie zu-

vor. Manche zocken regelrecht ab, wenn sie Dispozinsen von 13 Prozent oder mehr verlangen.

Eine Studie der Stiftung Warentest zeigt nun, dass es auch billiger und verbraucherfreundlicher geht. Die Beispiele zeigen, dass Spielräume für niedrigere Zinsen geben dürfte. Einige Banken haben sie in letzter Zeit bereits genutzt – vorbildlich.

Die Politik sollte hier weiter Druck machen. Aber dazu braucht es nicht unbedingt gleich einen staatlich verordneten Zinsdeckel. Viel wichtiger wäre es, dass endlich Transparenz geschaffen wird und Verbraucher die Überziehungszinsen verschiedener Banken miteinander vergleichen können. Rasmus Budsteiner

**GEWINNER & VERLIERER****Ärzte  
Mediziner sind  
äußerst beliebt**

Ärzte sind in Deutschland nach wie vor am angesehensten. 76 Prozent zählen den Mediziner zu den fünf Berufen, die sie am meisten schätzen, das ergab eine repräsentative Umfrage. Der Arzt zählt bereits seit 20 Jahren zu den Top-Berufen. Banker und Fernsehmoderatoren sind dagegen äußerst unbeliebt.

**Kevin Baker  
Homepage sorgt  
für Empörung**

Wegen seiner Webseite mit obszönen Witzen hat der australische Politiker Kevin Baker seine Kandidatur für die Parlamentswahlen zurückgezogen. Auf der Seite befanden sich hunderte anstößige Witze, teils von Baker, teils von Nutzern seines Internet-Forum für Mini-Cooper-Fans.

**LESERFORUM****Angelika Köhler aus Dortmund zum Protest im Stadion  
Unfair gegenüber der Mannschaft**

Gibt es im ganzen Stadion eigentlich nur noch Ultras, die bei den Spielen Stimmung machen? Wo sind die wirklichen Fans, die sich nicht wie eingeschleppte kleine Kinder auf die Südtribüne stellen und die Mannschaft für etwas bestrafen, was nicht ihre Schuld ist? Ob der Polizeieinsatz nun richtig oder falsch war, entzieht sich meiner Kenntnis. Es war ja nicht das erste Mal, dass die Ultras verstummen und das restliche Stadion gleich mit. Das darf einfach nicht sein, dass einzelne Gruppen die Südtribüne als Plattform benutzen, um auf ihre Probleme hinzuweisen. Das ist der Mannschaft gegenüber einfach nur unfair, und die gegnerischen Fans freut es.

**Wir freuen uns über Ihre Meinung.** Diskutieren Sie im Internet mit oder schreiben Sie an [leserforum.westnews@mdhl.de](mailto:leserforum.westnews@mdhl.de). Leserbriefe bitte an: Medienhaus Lensing, Neubrückerstraße 8-11, 48143 Münster, Stichwort: Leserbrief. Kürzungen behalten wir uns vor.

**BLICKPUNKT WAHLKAMPF Historiker und Grüne kritisieren Terminplanung der Bundeskanzlerin**

Nach ihrem Besuch in der KZ-Gedenkstätte sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei einer CSU-Wahlkampfveranstaltung im Festzelt beim Dachauer Volksfest. Foto dpa

**Opfer-Gedenken,  
dann ins Bierzelt****Streit über Merksels Dachau-Besuch im Wahlkampf**

DACHAU/BERLIN. Die Vorwürfe sind heftig: Ist das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus nur ein Wahlkampf-Auftritt? Eine Stippvisite zwischen Marktplatz-Rede und Bierzeltauftritt? Angela Merksels Besuch gestern Abend im Konzentrationslager Dachau hat eine heftige Kontroverse ausgelöst.

Der Besuch der Kanzlerin am Ort des Grauens zwischen zwei Wahlkampfterminen – für die Grünen eine „geschmacklose und unmögliche Kombination“. Merkel hatte am Abend in der Gedenkstätte einen Kranz mit dem Holocaust-Überlebenden Max Mannheimer niedergelegt. „Die Erinnerung an diese Schicksale erfüllt mich mit tiefer Trauer und Scham“, sagte sie. Beim späteren Auftritt im Bierzelt sprach sie das Thema direkt an: „Einen größeren Kranz kann es kaum geben“, sagte sie zu Beginn ihrer Rede. Einen „Katzensprung“ entfernte sie die KZ-Gedenkstätte, „und jetzt bin ich hier auf diesem Volksfest der Fröhlichkeit und des Lebens“. Sie erinnerte daran: „Auch damals war das KZ mitten unter uns. Wer wollte, konnte damals auch sehen und hören.“ Deshalb sei es so wichtig, „dass es nie wieder passiert, dass wir wegsehen und weghören“. Nie wieder dürften Menschen in Deutschland schutzlos sein, wegen ihrer Herkunft aus einem bestimmten Land, wegen ihrer Religion, politischen Gesinnung oder sexuellen Orientierung. „Nie wieder dürfen sie benachteiligt und ermordet werden, mitten unter uns.“

Im Gegensatz zur Kritik der Grünen an Merksels Termin-



Der Holocaust-Überlebende Max Mannheimer hatte Merkel eingeladen. Foto dpa

planung zeigte der Zentralrat der Juden in Deutschland Verständnis: Es sei gut, dass sie in die KZ-Gedenkstätte gehe, würdigte Zentralratspräsident Dieter Graumann den Besuch. Kranzniederlegung für die Opfer des Holocaust zwischen zwei Wahlkampfterminen – das ruft Kritik hervor. „Wer es ernst mit dem Gedenken an einem solchen Ort des Grauens meint, der macht einen solchen Besuch garantiert nicht im Wahlkampf“, warf Grünen-Fraktionschefin Renate Künast der Kanzlerin vor, dass sie nach dem KZ-Besuch noch eine Wahlkampfrede in einem Bierzelt hielt.

**Meckerecke**

Kritik kommt auch vom renommierten Historiker Wolfgang Benz: „Wenn man, kurz bevor man dann ins Festzelt zum Wahlkampf geht, noch den Kranz niederlegt und Betroffenheit äußert“, wirke dies beiläufig. Kritische Stimmen, gegen die der Zentralrat der Juden Merkel in Schutz nimmt: „Mit Frau Merkel besucht immerhin erstmals ein deutscher Kanzler die KZ-Gedenkstätte in Dachau“, würdigte der Vorsitzende Graumann die Visite.

Graumann wollte Merksels Terminplanung nicht beanstanden: „Was ihren anschließenden Auftritt in einem CSU-Bierzelt angeht – ich bin auch in diesem Fall dagegen, dass wir uns jetzt in eine Meckerecke stellen“, sagte er. Wäre die Kanzlerin nur für einen Wahlkampfauftritt nach Dachau gekommen, hätte man sie womöglich dafür kritisiert, dass sie nicht die KZ-Gedenkstätte besucht hätte, so Graumann.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Jerzy Montag ging auf Distanz zur Kritik seiner Fraktionschefin Künast und begrüßte den Besuch Merksels in der KZ-Gedenkstätte. „Ich finde es richtig, dass die Kanzlerin einer Einladung von Max Mannheimer folgt, und das Konzentrationslager Dachau besucht“, sagte er gestern im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion. Der 93-jährige Holocaust-Überlebende Mannheimer hatte Merkel im Herbst 2012 eingeladen und begrüßte die Kanzlerin gestern Abend auch persönlich in der Gedenkstätte. Andreas Herholz

**Bei uns im Internet: Abstimmung** Ist der Terminablauf der Kanzlerin geschmacklos?

**ZUR SACHE****Das Konzentrationslager****200 000 Menschen inhaftiert / Münsteraner Leisner wurde in Dachau zum Priester geweiht**

DACHAU. Nur zwei Monate nach der Machtübernahme eröffneten die Nationalsozialisten im März 1933 das Konzentrationslager (KZ) Dachau. Es diente als Modell für spätere Konzentrationslager und als „Schule der Gewalt“. In den zwölf Jahren seines Bestehens waren im KZ und seinen Außenlagern mehr als 200 000 Menschen aus ganz

Europa inhaftiert. Arbeitsfähige Häftlinge wurden als Arbeitssklaven im Straßenbau oder in Kiesgruben eingesetzt, nach Kriegsbeginn vor allem in der Rüstungsindustrie. Als das Lager am 29. April 1945 als eines der letzten von US-Soldaten befreit wurde, lebten mehr als 30 000 Häftlinge aus 31 Nationen in den Baracken. Nach

Angaben des Deutschen Historischen Museums kamen mindestens 30 000 von der Lagerverwaltung registrierte Gefangene ums Leben. Die KZ-Gedenkstätte geht von rund 41 500 Ermordeten aus. Anfangs als Lager für politische Gefangene geschaffen, wurden später in Dachau auch Zeugen Jehovas, Homosexuelle, Emigranten, Sinti

und Roma inhaftiert. Ab 1940 gab es einen „Priesterblock“. Schätzungen gehen von 2800 Insassen aus, zumeist katholische Geistliche wie der aus dem Bistum Münster stammende Karl Leisner, der im KZ zum Priester geweiht wurde. Die Initiative Überlebender des KZ setzte sich früh für eine Gedenkstätte ein. 1968 wurde sie eröffnet. dpa/KNA

**Noch niemals ein  
Kanzler zu Besuch**

DACHAU. Noch nie vor Angela Merkel hat ein amtierender Bundeskanzler die Gedenkstätte Dachau besucht. Zwar war Willy Brandt (SPD) 1982 dort, da war er aber schon nicht mehr Kanzler. Horst Köhler war zudem der erste und bislang einzige Präsident, der das ehemalige Konzentrationslager im Amt besuchte (2010). US-Präsident Ronald Reagan lehnte 1985 einen Besuch in Dachau ab, besichtigte stattdessen das KZ Bergen-Belsen. dpa

**Experten:  
Mehr  
Zuwanderer**

NÜRNBERG. Arbeitsmarktforscher rechnen damit, dass sich die Zahl der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien mit dem Fall der letzten Hürden für Jobsuchende aus diesen EU-Ländern verdoppelt. Je nach wirtschaftlicher Lage in Südeuropa könnte die Zuwanderung im Jahr 2014 zwischen 100 000 und 180 000 liegen, geht aus einer gestern veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Im Vorjahr waren es 71 000. Ab 2014 steht der deutsche Arbeitsmarkt für Bulgaren und Rumänen unbeschränkt offen. dpa

**ZITAT**

»Jeder Tag, an dem wir über eine große Koalition spekulieren, ist ein verlorener Tag.«

Jan Stöß, Berlins SPD-Landeschef, zu diversen Koalitionsaussagen seiner Partei.

**NOTIZEN****Kaum Räder in den  
Bundesministerien**

BERLIN. Die Bundesministerien halten für ihre Beschäftigten nur wenige Dienstfahrzeuge vor. Für fast 150 000 Beschäftigte gibt es nur 1773 Fahrräder, so die Antwort auf eine Anfrage der Grünen. AFP